

Miesbacher Wasserstreit: Petition erfolgreich

Miesbacher Merkur 01.04.2022

München – Im Streit um die Ausweitung einer Wasserschutzzone im Kreis Miesbach haben örtliche Landwirte und Bürgermeister einen Etappensieg errungen. Gestern nahm der Umweltausschuss des Landtags eine Petition von betroffenen Landwirten und Bürgermeistern an. Sie hatten sich dagegen gewehrt, dass die Regierung von Oberbayern dem Landratsamt das Verfahren entzieht und ein Weideverbot im Bereich der Wasserschutzzone im Mangfalltal anordnet.

Der Streit um das Wasserschutzgebiet, in dem die Münchner Stadtwerke rund 80 Prozent des Trinkwassers für die Landeshauptstadt för-

dern, schwelt seit Jahrzehnten (*wir berichteten*). Das Umweltministerium fordert, das Wasserschutzgebiet zügig auszuweiten. Der bisherige Zuschnitt stamme aus den 60er-Jahren und entspreche nicht mehr den geltenden Regeln. Die Landwirte hingegen sehen nicht ausreichend belegt, dass ihre Weidetiere für bakterielle Verunreinigungen im Wasser verantwortlich sind. Die Bürgermeister wiederum fürchten eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten für ihre Gemeinden, wenn das Wasserschutzgebiet ausgeweitet wird.

Im Umweltausschuss stimmten alle Fraktionen mit Ausnahme der SPD für die Be-

rücksichtigung der Petition. Ausschussvorsitzende Rosi Steinberger (Grüne) stellte zwar klar, dass das Verfahren im Miesbacher Landratsamt lange in der Schublade verschwunden und nun endlich anzupacken sei. Sie sehe aber keine schwerwiegenden Gründe, warum die Regierung dem Landratsamt das



Ilse Aigner (CSU)
Landtagspräsidentin

Verfahren entreißen sollte. „Landrat Olaf von Löwis hat glaubwürdig versichert, dass das Verfahren nun ordnungsgemäß durchgeführt wird“, sagte sie. Ähnlich klang das bei den Fraktionen der CSU und der Freien Wähler. „Wir wollen ein Verfahren, bei dem kein fader Nachgeschmack bleibt“, betonte Benno Zierer (FW). Auch die Miesbacher Stimmkreisabgeordnete und Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) meldete sich zu Wort und mahnte zur Verhältnismäßigkeit. Florian von Brunn (SPD) hingegen betonte, das Verfahren werde seit den 70er-Jahren verschleppt. Es gehe um den Trinkwasserschutz für 1,2

Millionen Münchner, da müsse das Wohl Einzelner vor dem Wohl Vieler zurückstecken – zumal die betroffenen Landwirte von den Stadtwerken ausgiebig entschädigt würden.

Das Umweltministerium teilte mit, die Entscheidung des Landtags sei zu respektieren. Das Ministerium müsse nun die notwendigen Schlussfolgerungen aus der Entscheidung ziehen. Dazu gehöre, dass das Miesbacher Landratsamt das Wasserrechtsverfahren zügig weiterführe. Dafür sprachen sich auch die Ausschussmitglieder aus. Im Herbst werde man sich über den Fortgang des Verfahrens berichten lassen.